

# Es ist nicht alles Kommunismus, was glänzt.

Zum antikritischen Charakter der „Nachtanzdemo“ am 02.10.2010

„Raus auf die Straße und die Verhältnisse zum Tanzen bringen!“ soll es laut der Website der „Nachtanzdemo“ heute heißen. Klingt das zunächst nach einem soliden Ansatz [vgl. MEW 1, S.381], wird es doch durch den Aufruf entkräftet. Dort zeigt sich, wie wenig es in Analyse und Kritik, in Theorie und Praxis, ums vielbeschworene Ganze geht, obwohl das doch die Voraussetzung wäre, um die Verhältnisse verändern auch nur zu können. Da der Aufruf die Grundzüge der „Klammer“ festlegt, welche die „Nachtanzdemo“ für ihre diversen UnterstützerInnen ist, soll er hier im Fokus stehen.

## [1]

Der rote Faden des Aufrufs ist eine durchaus zutreffende Beschreibung der objektiven/faktischen Situation in Münster als Stadt im Kapitalismus. Benannt werden die Verdrängung von Menschen aus dem Stadtkern, die sich einen teureren Lifestyle nicht leisten können; massiver Rückgang von Sozialwohnungen in Stadtnähe; sozialer wie ökonomischer Ausschluss etc. Was dabei jedoch dezent nicht genannt wird, sind die vor allem strukturellen Rahmenbedingungen, in denen diese Veränderungen stattfinden. Zwar ist von durch die „Weltwirtschaftskrise“ bedingten „Sparpaket[en]“ die Rede, auch wird erkannt, dass Münster – wie alle anderen Städte – einen „Konzern“ darstellt, jedoch endet auf dieser Ebene, blind gegenüber materialistischer Erkenntnis von Ursache und Wirkung, die Analyse.

Anstatt auf jene die bürgerliche Gesellschaft ausmachenden abstrakten und konkreten Zwänge zu sprechen zu kommen, die sich wirklich jeder/m gegenüber durchsetzen, damit kapitalistisch weiterproduziert werden kann, werden die AkteurInnen und die Ausformung der konkreten „Stadtpolitik“ angefeindet. Dabei sind es allem voran Eigentum, Arbeit, Ware und Nation, welche sich als Grundkategorien der kapitalistischen Vergesellschaftung in den mokierten lokalen Phänomenen Ausdruck verschaffen. Einer diese aufgreifenden, unverkürzten Analyse zu entsagen heißt auch sich nicht der Kritik des Fetischcharakters der Ware zu widmen, demjenigen Moment, welches den sozialen Charakter der Grundlagen des Kapitalismus verdeckt, rationalisiert und immer wieder Ideologien hervorbringen muss.

Mit einer die genannten Punkte umfassenden Analyse hingegen wäre es offensichtlich und selbstverständlich gewesen, warum die abgelehnten Prozesse stattfinden. Die Stadt(politik) eignet sich (auch über den Staat) durch die Besteuerung der in ihrem Gebiet erzielten Gewinne ihre materielle Grundlage an. Um die Gewinne und damit die Abgaben steigern zu können, hat sie die Umstände der Kapitalakkumulation nicht nur zu garantieren, sondern zu verbessern. Eine Ausrichtung auf die Bedürfnisse von „Unternehmen, [...] wohlhabenderen Schichten und TouristInnen“ entspricht also dem genuinen Interesse der Stadt und

damit auch den ihren Zielen verpflichteten PolitikerInnen. Städte treten folgerichtig ‚natürlich‘ in Konkurrenz zueinander auf – denn: ohne Moos nix los. Eine Sanierung oder die Konzipierung von attraktiven „Leuchtturmprojekten“ findet (nur) statt, wenn mit einer gewinnversprechenden Vermittlung (Vermietung für die EigentümerInnen) gerechnet werden kann – es wird möglichst mehrwertmaximierend für das Bedürfnis anderer produziert (exklusives Wohnen oder KundInnenströme für die MieterInnen). Wenn ich meine alte Hose auf dem Trödelmarkt verkaufen will, richte ich mich auch nach den von mir antizipierten Bedürfnissen eines potentiellen Käufers mit gutem Geld und wasche sie vorher.

Ohne verständlich zu machen, dass die kapitalistischen Zwänge auch die InvestorInnen und PolitikerInnen antreiben, diese zu systemimmanenten Interessen folgendem Handeln anhält, wird zwangsläufig von ihnen verlangt nicht ihren eigenen Interessen und dem was die kapitalistischen Strukturen erfordern zu folgen, sondern sich den Bedürfnissen aller, des Kollektivs, unterzuordnen.

## [2]

Aber scheinbar haben es die UnterstützerInnen des Aufrufs auf etwas anderes abgesehen, als eine vollständige und zutreffende theoretische Erschließung der beobachteten Phänomene. Es geht ihnen um die „Belange der Bevölkerung“, welche sie – nicht zu unrecht – im Widerspruch zu dem aufstellen, „was Investoren und Reichen nutzt und gefällt“.

Das Märchen, dass die VermieterInnen oder die Stadtverwaltung für „Gentrifizierung“ verantwortlich zu machen seien, zieht Menschen auf die Straße, die man ohne es nicht erreicht. Deshalb ist es so attraktiv, dass man es nicht klar ausräumt. Hinzu gesellt sich die Ansicht, dass eine andere, nämlich „eine soziale und emanzipatorische Stadtpolitik von unten“ möglich bleibt und erstrebenswert ist.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Ein auf der Website der „Nachtanzdemo“ als „Gastbeitrag“ veröffentlichter Artikel aus der Analyse&Kritik (ak 536/20.2.2009) bezeugt dies (Hervorh. d. Verf.) genauso, wie Edo Schmidt's Ergüsse zum Thema „Nachtflormarkt“].

### [3]

Man geht also sprichwörtlich in „die Opposition“, um an die politischen AkteurInnen zu appellieren, doch endlich wieder mehr ‚soziale Marktwirtschaft‘ zu machen anstatt sich dem „Neoliberalismus“ hinzugeben und macht sich so in der Tat – ohne es richtig gemerkt zu haben – zur politischen Instanz, die mit heruntergeschraubter Theorie und öffentlichkeitswirksamer Praxis taktiert. Die Annahme, die Politik sei die maßgebliche und selbstbewusst gestaltende Kraft der Gesellschaft ist oben schon widerlegt worden. Das Problem „emanzipatorische[r] Stadtpolitik“ besteht jedoch darin, dass der Versuch diese zu betreiben, genauso wie der Appell für sie, immer schon die Parameter der bestehenden Verhältnisse anerkennen muss, um in ihnen zu wirken. Eine „emanzipatorische Stadtpolitik“ wäre zusätzlich immer dem Vorwurf der Unproduktivität ausgesetzt, würden die Möglichkeiten zur Kapitalakkumulation doch eingeschränkt und die Masse des Mehrwerts würde sinken (ohne Moos ...).

### [4]

Aber der idealistische Machbarkeitsglaube und die Überbewertung von regionaler Politik treibt zusammen mit instrumenteller Verflachung und Entradikalisierung der eigenen Position zu einer regelrechten innerlinken Querfront an, die ernsthafte Zweifel an den Mindeststandards einiger der sympathischeren unterstützenden Gruppen aufkommen lässt. Kritik erscheint in diesem Zusammenhang nur noch als Privileg derer, die die Macht haben, sich durchzusetzen – also sich mit Masse oder Geschick in einer gesellschaftlichen Stellung befinden, die in die Verhältnisse gehört und sich diesen unterordnet.

Die Personalisierung der unliebsamen Entwicklungen und die Überschätzung der eignen Relevanz indes tröstet darüber hinweg, dass der/die Einzelne der versteinerten Gesellschaft egal, für sie völlig irrelevant ist. Anstatt sich die eigene Ohnmacht einzugestehen, verfällt man in regelrechte Pseudo-Aktivität, die ohne auf die eigenen Zwecke zu reflektieren lieber mit einer möglichst angesagten Demo die eigenen Mittel beweihräuchert und vornehmlich durch die unablässige Reklame für sich selbst am Leben bleibt. Getreu dem Motto ‚Dabei sein ist alles‘ und ‚Nur Action bringt

Satisfaction‘ wird eine Demonstration zum Selbstzweck abgehalten, mit netter Musik und am Besten ‚Bengalos‘ und vielleicht ein bisschen legaler ‚Randale‘.

Eine Entradikalisierung in antikritische Haltung ist die sichtbare Folge, welche das bloß Negative, Destruktive als wahre Kritik verleumdet. Man bleibt um der Praxis willen zentriert auf die kleinen Siege und während man sich an dieses nahe Mögliche klammert, kann das ferne Bessere, was ernsthafte Kritik indizieren könnte, zurückgestellt werden. So weist die selbst zurückgehaltene, bewusst verkürzte Theorie nicht mehr über das Bestehende hinaus, sondern verschanzt sich in diesem vor der eigenen Ohnmacht, reiht sich ein in einen reformistischen bürgerlichen „Gentrifizierungs“-Diskurs und büßt damit die eigene Sprengkraft ein.

### [5]

Über all das kann auch das scheinrevolutionäre Ende nicht hinwegtäuschen, sei sein Gestus auch noch so rebellisch. „Wir sind für eine solidarische Gesellschaft und eine Perspektive des radikalen Wandels gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse“ heißt es da. Auch wenn nicht gesagt wird, wohin der „radikale Wandel“ denn gehen soll, ob die (anti-)demokratische Ermächtigung in einer Partei oder doch ein Programm der Abschaffungen, macht der Rest des Aufrufs klar, dass die Unterstützenden vielleicht bei Jusos oder Grünen besser aufgehoben wären.

Wollte man gegen den folgenden Turn zum rein lokalen, zum „in eurem Viertel, in eurer Stadt geschehen die wirklich spannenden Dinge“ polemisieren, würde man den UnterstützerInnen einen Lokalpatriotismus vorwerfen, der eine eigene (arme) Bevölkerung vor TouristInnen, Politik und Kapital schützen will und das eigene Stadtgebiet zum höchsten und wichtigsten Ort kritischer Interventionen verklärt.

Kombiniert man diesen Eindruck nun noch dazu mit einem Blick in den Kalender, so bekommt die „Nachtanzdemo“ am Vorabend zum ‚nationalen Feiertag der deutschen Einheit‘ einen weiteren bitteren Beigeschmack. Das ‚Wir sind das Volk‘ ist den UnterstützerInnen vielleicht zu sympathisch, um zu riskieren dass die Kritik daran die lokale Tour vermessen könnte, denn an die hiesige Bevölkerung will man sich ja anbieten.

**Bündnis emanzipatorischer  
Antifaschist\_innen aus Münster.  
beam@lavabit.com**